



Sesselrücken im Volkswagen-Konzern. Seite 20

HELMUT KRETZL

WIEN (SN). Griechenland steht am Scheideweg. Am 17. Juni geht es um nichts weniger als um die politische und ökonomische Zukunft des Landes. Sollen die Griechen mit der Wahl der konservativen Nea Dimokratia das schmerzhaft Sparpaket unterstützen, um den Verbleib in der Eurozone zu sichern oder nicht doch den Lockrufen des 37-jährigen Politstars Alexis Tsipras folgen? Der Chef des linksradikalen Syriza-Bündnisses – aus zwölf Gruppierungen, von Eurokommunisten über Linkssozialisten, Trotzlisten bis zu Grün-Alternativen – verspricht nämlich die Quadratur des Kreises: den Verbleib in der Eurozone bei gleichzeitiger Lockerung des Schuldenjochs.

Keine leichte Entscheidung für die knapp zehn Millionen Wahlberechtigten. Denn selbst unter Ökonomen tobt ein Richtungsstreit über den sinnvollsten Weg aus dem griechischen Drama. Zwei Extrempositionen sollen die Bandbreite der ökonomischen Debatte veranschaulichen.

Patrick Butler ist Engländer. Das sei aber nicht der Grund für seine skeptische Haltung zu einem



„Jetzt wäre noch ein kontrollierter Ausstieg möglich.“

Patrick Butler,  
Berater bei Petrus Advisers

„großen Euro“ wie derzeit, unterstreicht der Finanzexperte, der im April nach acht Jahren bei der Raiffeisen Bank International (RBI) in Wien zum Londoner Investmenthaus Petrus Advisers gewechselt hat.

Seine Ansicht, Griechenland solle den Euro so rasch wie möglich verlassen – und die übrigen „peripheren Länder“ Spanien, Italien, Portugal und Irland am besten gleich dazu – bezeichnet er selbst als „ketzerisch“. Das sei jedenfalls nicht die offizielle Ansicht seines neuen Arbeitgebers.

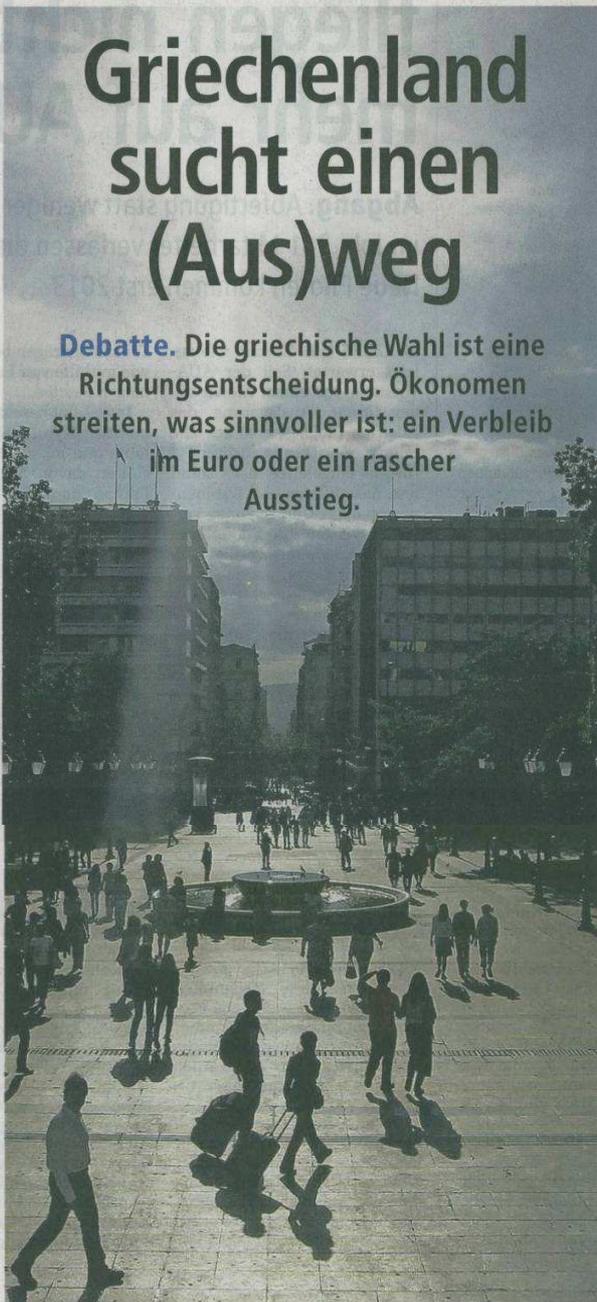
Butler begründet seinen persönlichen Standpunkt mit der Schadensbegrenzung, die ein rasches Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone bedeuten würde: „Jetzt wäre noch ein kontrollierter Ausstieg möglich, ein späterer unkontrollierter Exit wäre sehr negativ.“ Dazu müssten allerdings die EU-Politiker über ihren Schatten springen und zugeben, dass die Aufnahme Griechenlands in den Euro ein Fehler gewesen sei.

Danach könnte ein „Merkel-Plan“ – in Anlehnung an den Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg – dem maroden Land wieder auf die Beine helfen. Nach der De-facto-Pleite Griechenlands durch die 70-Prozent-Entschuldung des Privatsektors sieht Butler auch keine Chance, dass das Land die restlichen 30 Prozent zurückzahlen kann.

Ein Kardinalfehler sei die auf Kerneuropa – Deutschland, Österreich, Benelux – zugeschnittene Währungspolitik gewesen. Daher habe man in

## Griechenland sucht einen (Aus)weg

Debatte. Die griechische Wahl ist eine Richtungsentscheidung. Ökonomen streiten, was sinnvoller ist: ein Verbleib im Euro oder ein rascher Ausstieg.



Athen, Syntagma-Platz: ein Land in Bewegung, die Richtung noch unklar. Bild: SW/EP

den Jahren 2005/2006 trotz der Immobilienblase in Spanien, Portugal und Irland die Zinsen nicht erhöht, um die damals stotternde deutsche Wirtschaft nicht abzuwürgen. „Man hat das Haus ohne richtiges Fundament gebaut“, sagt Butler. Hohe Risiken im Fall eines griechischen Euroaustritts – salopp „Grexit“ genannt – bestreitet er nicht – „aber die Gefahren sind größer, wenn Griechenland im Euro bleibt“.

Vorschläge wie jenen des Deutschen Industrievereins, man müsse Griechenland „industrialisieren“, weist Butler als unrealistisch zurück. „Man kann nicht das Ruhrgebiet auf den Peloponnes bringen“, dazu habe das Land zu viele strukturelle Defizite. Notwendig wäre ein Neustart für Griechenland. Das würde freilich auch einen Ausfall der noch ausstehenden Schulden bedeuten. „Das müssen die Banken auf ihre Bücher nehmen.“

Ganz anders sieht die griechische Ökonomin Marica Frangakis vom Nikos-Poulantzas-Institut in Athen die Dinge. Sie ist Mitglied im globalisierungskritischen Netzwerk Attac und sympathisiert mit den Argumenten des linksradikalen Syriza-Bündnisses. Dessen Position – ein Verbleib im Eu-

„Die Spielregeln müssen geändert werden.“

Marica Frangakis,  
Ökonomin in Athen



Bild: SN/MONDIAAL NIEUWS

ro, aber ohne Fortsetzung des strikten Sparkurses – sieht Frangakis nicht zwingend als Widerspruch: „Das wäre es nur, wenn der Euro in Stein gemeißelt wäre – was er nicht ist.“ Sie hofft auf eine Stärkung der radikalen Linken beim nächsten Urnengang, denn eine Abkehr vom „einseitigen Fokus auf das Sparen“ sei dringend notwendig: „Staatsreform und Korruptionsbekämpfung sind nicht Teil des Pakets, aber massive Forderungen des Syriza-Bündnisses.“ Das Sparprogramm wirke nur als schiefe Ebene: Produktion und Wirtschaftsleistung sanken, die Arbeitslosigkeit steige, ebenso die Gesamtverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Fazit: „Die Spielregeln müssen geändert werden, mit diesen Regeln wird es immer schlimmer werden.“ Hauptnutznießer der Hilfspakete der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und internationalem Währungsfonds seien private Banken, in erster Linie die griechischen, aber auch Institute in Deutschland und Frankreich. Diese Institute seien aber niemandem gegenüber verantwortlich. „Das ist eine ökonomisch-politische Asymmetrie“, sagt Frangakis. Um diese auszugleichen, sollen die Banken im Gegenzug gewisse Verpflichtungen gegenüber den Bürgern und Steuerzahlern übernehmen, lautet ihre Forderung.

Frangakis geht konform mit einer Analyse des Unternehmensberaters McKinsey, die Griechenland hohes Wachstumspotenzial bescheinigt. Darin heißt es etwa „Griechenland ist ein reiches Land, es wurde nur schlecht gemanagt“.